

# Impulse für die Umsetzung einer kommunalen Verpackungssteuer in Kiel

Positionspapier von Greenpeace Kiel, Zero Waste Kiel e.V., Fridays for Future Kiel,  
Students for Future Kiel, BUND Kiel und NABU Kiel

22.07.2024

In Deutschland fallen pro Jahr jährlich 5,8 Milliarden Einwegbecher und 4,5 Milliarden weitere Einwegessensverpackungen an<sup>1</sup>- Tendenz steigend! Einwegverpackungen belasten das Klima und die Umwelt. Herstellung und Entsorgung kosten nicht nur viel Geld, sondern verursachen deutschlandweit 830.000 t CO<sub>2</sub>e/a<sup>1</sup>. Einwegessensverpackungen werden häufig im öffentlichen Raum konsumiert und landen nach der Benutzung in der Umwelt oder bestenfalls im öffentlichen Mülleimer. Rund 40 % des Straßenmülls sind Einwegverpackungen wie Coffee-to-go-Becher, Burgerboxen oder Pizzakartons<sup>2</sup>. Die Reinigung und Entsorgung dieser Einweg-Kunststoffverpackungen kostet Städte und Gemeinden 475 Millionen Euro jährlich<sup>2</sup>. Hinzu kommen die Kosten für Verpackungen aus anderen Materialien wie Papier oder Aluminium.

Wir begrüßen, dass die Stadt Kiel das Problem erkannt hat und zurzeit die Umsetzung einer kommunalen Verpackungssteuer prüft.

Die Universitätsstadt Tübingen hat bereits 2022 erfolgreich eine Verpackungssteuer eingeführt. Die Umsetzung hat gezeigt, dass die Steuer nicht nur positive Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensqualität im öffentlichen Raum in der Stadt hat, sondern auch Einnahmen für die Stadt generiert<sup>1</sup>:

- **Deutlich sichtbare Reduzierung des Mülls im öffentlichen Raum:** Tübinger\*innen freuen sich über weniger überquellende Mülleimer und Müll in der Umwelt.
- **Steigerung des Mehrwegangebots:** Tübingen hat die meisten mehrwegnutzenden Gastronomiebetriebe in Deutschland.
- **Steigerung der Mehrwegnutzung:** App-basiertes Mehrwegsystem verzeichnet fast Verdoppelung der Nutzung seit Einführung der Steuer.
- **Einnahmequelle für die Stadt:** Tübingen (~92.000 Einwohner\*innen) rechnet für das Jahr 2022 mit Einnahmen von 930.000 €. Diese Einnahmen übersteigen die Kosten der Verpackungssteuer deutlich und sind nicht zweckgebunden. Sie können z.B. im Sinne des Umweltschutzes und zur Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt eingesetzt werden.

Auch die Stadt Kiel hat schon 2020 im Rahmen ihrer Zero-Waste-Strategie eine Verpackungssteuer als eine wichtige Maßnahme zur Müllreduktion identifiziert. Diese Strategie wurde von allen Parteien im Kieler Rat einstimmig beschlossen. Kiel darf die Umsetzung einer Verpackungssteuer nicht weiter verzögern, sondern muss diese schnellstmöglich auf den Weg bringen.

► **Wir fordern daher die Parteien in der Kieler Ratsversammlung auf, noch in diesem Jahr eine kommunale Verpackungssteuer zu beschließen, die spätestens am 01.01.2025 in Kraft tritt.**

Damit die Verpackungssteuer ihre volle Wirkung entfalten kann, müssen alle Speisen, Getränke und Verpackungsarten einbezogen werden. **Die Steuer muss ohne Ausnahmen auskommen.** Für eine reibungslose Umsetzung muss die Stadt durch Transparenz und Kommunikation für Akzeptanz bei Betrieben und Konsument\*innen sorgen und steuerpflichtige Betriebe durch eine Förderung unterstützen. Wir empfehlen der Stadt Kiel, sich am Tübinger Modell zu orientieren.

### **Umfassende Verpackungssteuer mit Lenkungswirkung**

Durch die Erhebung einer kommunalen Steuer auf Verpackungen für Getränke und Speisen zum sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen können Anreize geschaffen werden, auf Einwegverpackungen zu verzichten, z.B. durch Verzehr vor Ort oder Nutzung von Mehrwegalternativen. Folgende Steuerbeträge haben sich bewährt und gezeigt, dass sie die gewünschte Lenkungswirkung erzielen. Die Kieler Steuerbeträge sollten diese Beträge also nicht unterschreiten:

- 0,50 Euro (netto) für Einwegverpackungen wie zum Beispiel Kaffeebecher
- 0,50 Euro (netto) für Einweggeschirr wie zum Beispiel Pommesschalen
- 0,20 Euro (netto) für Einwegbesteck und andere Hilfsmittel wie zum Beispiel Trinkhalm oder Eislöffel

Die Verpackungssteuer sollte unbedingt auf alle Speisen (kalt und warm), alle Getränke und alle Verpackungsarten erhoben werden. Nur so können Substitutionseffekte vermieden werden. Außerdem muss den Kieler\*innen die Nutzung von eigenem Geschirr ermöglicht werden, da dies das System entlastet und die Nutzung niedrigrschwelliger machen kann. Auch regen wir an, dass Betriebe den Aufpreis für Einwegverpackungen auf dem Kassenschein sichtbar machen sollten. So wird die Steuer gegenüber den Konsument\*innen noch einmal verdeutlicht. Insgesamt ist es wichtig, dass die Steuer in einem umfassenden Beschluss geregelt wird. Kleinteilige Regelungen und Ausnahmen sind unbedingt zu vermeiden, da sie die Steuer unnötig kompliziert machen sowie potenzielle Unsicherheiten und Schlupflöcher erzeugen

### **Unterstützung durch Förderung**

Eine finanzielle Förderung durch die Stadt ist wichtig, um die Betriebe bei der Umstellung auf Mehrweggeschirr und der Anschaffung von Spülmaschinen zu unterstützen. Ein Rechtsgutachten der DUH hat gezeigt, dass eine Förderung trotz Mehrwegpflicht möglich ist.<sup>3</sup> Die Stadt Kiel sollte daher im Rahmen der Einführung der Verpackungssteuer rechtzeitig einen ausreichenden Fördertopf zur Verfügung stellen, dessen Mittel von allen Kieler Betrieben einfach und unbürokratisch abgerufen werden können.

### **Transparenz und Kommunikation**

Die Erfahrungen aus Tübingen haben gezeigt, dass Transparenz und Kommunikation entscheidend für die Akzeptanz und damit für die reibungslose Umsetzung der Verpackungssteuer sind. Daher fordern wir die Stadt Kiel auf, für eine transparente Umsetzung zu sorgen. Die Stadt muss sowohl die potenziell steuerpflichtigen Unternehmen z.B. durch Informationsmaterial, Einladungen zu Informationsveranstaltungen und persönliche Gespräche in den Unternehmen als auch die Kieler\*innen z.B. durch Werbefilme und Informationsveranstaltungen angemessen auf die Einführung vorbereiten.

Unterzeichnet von:

**GREENPEACE**  
Kiel

**ZERO  
WASTE**  
Kiel e.V.



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
**BUND**  
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY  
Kreisgruppe Kiel



**MU  
M\*  
DAD**



## Quellen

- (1) Deutsche Umwelthilfe. (2024). [Verbrauchssteuer auf Einweg-Verpackungen—Effektiver Weg zu weniger Verpackungsmüll in Kommunen.](#)
- (2) Verband Kommunaler Unternehmen. (2020). [Ermittlung von Mengenanteilen und Kosten für die Sammlung und Entsorgung von Einwegkunststoffprodukten im öffentlichen Raum.](#)
- (3) Deutsche Umwelthilfe. (2023). Pressemitteilung: [Städte können kommunale Verpackungssteuer bedenkenlos einführen: Rechtsgutachten der Deutschen Umwelthilfe belegt Vereinbarkeit mit nationalem Einwegkunststofffonds.](#)